

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

18. WP - 86. Sitzung

am Freitag, dem 24. Februar 2017, 13 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Katrin Fedrowitz (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Johannes Callsen

i. V. von Tobias von Pein

i. V. von Detlef Matthiessen

Weitere Abgeordnete

Regina Poersch (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Position der Landesregierung zur Genehmigung von weiteren Explorationsbohrungen der Firma „Deutsche Erdoel AG“ (DEA)	4
Antrag der Abg. Johannes Callsen (CDU) und Oliver Kumbartzky (FDP) Umdruck 18/7433	
2. Bericht über zusätzliche Hilfszahlungen zur Beseitigung von Sturmschäden an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste	7
Antrag des Abg. Hartmut Hamerich (CDU) Umdruck 18/7437	

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Position der Landesregierung zur Genehmigung von weiteren Explorationsbohrungen der Firma „Deutsche Erdoel AG“ (DEA)

Antrag der Abg. Johannes Callsen (CDU) und Oliver Kumbartzky (FDP)

[Umdruck 18/7433](#)

Abg. Arp führt zur Begründung des Antrages, [Umdruck 18/7433](#), aus, der Presse sei zu entnehmen, dass es zu dieser Frage unterschiedliche Auffassungen zwischen den Ministern Dr. Habeck und Meyer gebe. Die Ölförderung auf dem Ölfeld Mittelplate werde auch von Umweltverbänden als vorbildlich dargestellt. Er bitte die Landesregierung, ihre Position zur Genehmigung von Explorationsbohrungen darzulegen.

Der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Habeck, rekapituliert, dass der Landtag schon mehrfach über die Planungen der DEA für eine Explorationskampagne im Wattenmeer beraten habe. Zwei der drei von dem Unternehmen beantragten neuen Bohrpunkte lägen in der Schutzzone 1, der dritte Bohrpunkt in der Schutzzone 2 des Nationalparks Wattenmeer. Die nach Bundesgesetzgebung erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung sei noch nicht beantragt worden. Gleichwohl lägen dem Ministerium umfangreiche Planungsunterlagen der DEA vor, die Anlass für eine umfangreiche fachliche Prüfung durch das MELUR gewesen seien mit dem Ergebnis, dass diese Explorationsbohrungen nach Umweltrecht nicht möglich seien. Hierüber sei die DEA in Kenntnis gesetzt worden.

Abg. Vogt erinnert daran, dass Wirtschaftsminister Meyer sich gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) dafür ausgesprochen habe, dem Antrag der DEA zu entsprechen.

Der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Meyer, berichtet, dass er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der IG BCE, Herrn Vassiliadis, erklärt habe, er sei überzeugt, dass auch unter Wahrung von juristischen und wirtschaftlichen Belangen Lösungen gefunden werden könnten, um die Explorationsbohrungen möglich zu machen. In der Tat gebe es diesbezüglich zwischen seinem Haus und dem MELUR keine Divergenzen. Es sei möglich, entweder von der bestehenden Plattform Mittelplate oder vom Festlandsockel aus

Explorationsbohrungen durchzuführen. Auf Nachfragen von Journalisten anlässlich der gemeinsamen Erklärung der IG BCE und des Wirtschaftsministeriums habe er darauf hingewiesen, dass neue Bohrplätze im Nationalpark Wattenmeer von ihm nicht als möglich angesehen würden.

Auf Nachfrage des Abg. Arp berichtet Minister Dr. Habeck, es liege zwar kein Antrag auf Umweltverträglichkeitsprüfung vor, jedoch seien in den letzten Jahren vielerlei Planungsunterlagen der DEA eingegangen, die auch Gegenstand der politischen Beratung gewesen seien. Es sei auch im Interesse des möglichen Antragstellers DEA, dass das MELUR vor Antragstellung bereits mitteile, dass Explorationsbohrungen im Wattenmeer nicht umweltverträglich seien und somit nicht genehmigt werden könnten.

Abg. Arp thematisiert die von der Ölförderung im Wattenmeer abhängigen Arbeitsplätze, insbesondere in Hemmingstedt und Brunsbüttel. - Minister Meyer erklärt, vor diesem Hintergrund sei es ihm wichtig gewesen, auf die Möglichkeit hinzuweisen, vom Festland oder von der bestehenden Plattform Mittelplate aus Explorationsbohrungen vorzunehmen.

Auf die Frage des Abg. Vogt, wie Minister Dr. Habeck zur Möglichkeit dieser Bohrungen vom Festland oder der Plattform Mittelplate aus stehe, stellt dieser klar, es gehe hier nicht um seine politische Auffassung. Das MELUR sei gehalten, die Anträge nach Recht und Gesetz zu prüfen. Bei der Möglichkeit der Bohrungen von Festlandssockel oder der Plattform aus sei der Nationalpark nicht berührt, wobei gleichwohl selbstverständlich Umweltschutzbelange auch hier zu berücksichtigen seien. In Gesprächen habe die DEA jedoch wiederholt erklärt, dass sie derartige Bohrungen derzeit nicht anstrebe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Kumbartzky erläutert Minister Dr. Habeck, die Aussage von Ministerpräsident Albig, man bohre nicht durchs Wattenmeer, bedeute, dass keine vertikalen Bohrungen durch das Wattenmeer stattfänden.

Abg. Kumbartzky fragt nach den technischen Möglichkeiten der Bohrungen von der Plattform Mittelplate beziehungsweise vom Festlandssockel aus. - Minister Meyer antwortet hierauf, für die Beurteilung der technischen Möglichkeiten sei der Vorhabenträger zuständig.

Auf eine Frage des Abg. König zu den Arbeitsplätzen, die einerseits vom Tourismus, andererseits von der Ölindustrie abhängen, führt Minister Meyer aus, er schätze die Zahl der Arbeitsplätze, die mit der Ölförderung zusammenhängen, auf 1.000 Arbeitsplätze. Er konzediere, dass die Zahl der im Tourismus Beschäftigten an der Westküste deutlich höher sei. Seiner Auffassung nach sei jedoch sowohl Tourismus und Ölförderung möglich. So sei auch sein

deutliches Bekenntnis zu den Explorationsbohrungen zu verstehen, in dessen Rahmen er erklärt habe, dass es keine zusätzlichen Bohrungen im Nationalpark Wattenmeer geben dürfe. - Abg. König meint, es sei unverhältnismäßig, auf der einen Seite den Tourismus zu fördern und auf der anderen Seite Explorationsbohrungen im Bereich Wattenmeer zu unterstützen. Der Tourismus sei in Bezug auf die Arbeitsplätze wesentlich wichtiger als die Ölindustrie.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über zusätzliche Hilfszahlungen zur Beseitigung von Sturm- schäden an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste

Antrag des Abg. Hartmut Hamerich (CDU)

[Umdruck 18/7437](#)

Abg. Hamerich erklärt, Hintergrund seines Antrages sei die Möglichkeit einer neuen Sturmflut an der Ostseeküste zu einem Zeitpunkt, zu dem die Schäden der letzten Sturmflut noch nicht beseitigt worden seien. Das Ministerium habe relativ schnell nach den Stürmen eine Summe von 2 Millionen € in Aussicht gestellt. Seines Wissens sei jedoch allein in Heiligenhafen ein Schaden von über 3,5 Millionen € entstanden. Vor diesem Hintergrund frage er nach dem weiteren Verfahren.

Der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Dr. Nägele, führt aus, das Vorgehen nach dem letzten Sturm sei einmalig. Zuvor habe es in Schleswig-Holstein nach Sturmflutschäden keine Kostenübernahme durch das Land gegeben, bei der Schäden an der Ostseeküste jenseits der unmittelbaren Küstenschutzmaßnahmen erstattet worden seien. Er weise darauf hin, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keine derartige Erstattung gebe. Dort würden nur die unmittelbaren Schäden an Küstenschutzbauwerken beseitigt und im Weiteren Modernisierungsmittel für die Instandsetzung der touristischen Infrastruktur bewilligt.

Einige Kommunen hätten nach der Sturmflut ihre Aufgabe sehr ernst genommen und die Schäden sofort behoben, ohne sofort nach dem Land zu rufen. Es gebe jedoch auch Kommunen, die sich anders verhalten hätten. Auf Bitte des Ministeriums hätten Kreise und kreisfreie Städte insgesamt 65 Schadensfälle gemeldet. Es gebe auch Meldungen ohne Nennung einer konkreten Schadenssumme. Bei der Angabe von 3,7 Millionen € durch die Gemeinde Heiligenhafen sei zu beachten, dass zwei Drittel dieser Summe nicht für die Behebung von Schäden, sondern für neue Küstenschutzmaßnahmen veranschlagt worden seien. Der Schwerpunkt des Ministeriums liege jedoch zunächst auf der Behebung der unmittelbaren Sturmschäden. Auch seien teilweise Schäden durch die Gemeinden in großzügiger Art und Weise beschrieben worden.

Nach qualifizierter Betrachtung durch das Ministerium stehe eine Schadenssumme in der Größenordnung von 4 Millionen € fest. Hiervon entfielen ungefähr 2 Millionen € auf Sandab-

spülungen, 1 Million € auf Schäden an touristischer Infrastruktur und 1 Million € auf Schäden an kommunaler Küstenschutzstruktur.

Nach vorläufigen Planungen des Ministeriums werde die Hälfte der Schadenshöhe durch das Ministerium bezuschusst. Sobald der Nachtragshaushalt vom Landtag beschlossen sei, sei eine Auszahlung der Mittel möglich. Den Kommunen sei es auch möglich, bereits vorab mit Baumaßnahmen anzufangen. Zusätzlich zu den 2 Millionen € Zuschüssen an die Kommunen stünden bereits 2,7 Millionen € im Haushalt des MELUR für Küstenschutzmaßnahmen zur Verfügung, die in die Zuständigkeit des Landes fielen. Insgesamt sei somit eine Schadenssumme von 5 Millionen € durch die Sturmflut festzustellen.

Abg. Hamerich dankt Staatssekretär Dr. Nägele für den Bericht und stellt klar, dass dieses Thema sich nicht zur parteipolitischen Profilierung eigne.

Staatssekretär Dr. Nägele erklärt, dass die Begutachtung der Schäden durch den fachkundigen Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) geschehe. Er biete an, den Ausschuss über den Fortgang weiter zu informieren.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer